

12 321 31

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Bezugspreis für Abonnenten durch die  
Post bezogen und abholen vom Bestand 0,65 RM;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Erich Thumler).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Rebation und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 42.

Berlin, Mittwoch, 10. Oktober 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

## Zufalls-Verzechnis.

Lohnhöhe und Weltmarktkonkurrenz. — Energisch vorwärts! — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### Lohnhöhe und Weltmarktkonkurrenz.

In der Diskussion über die Frage der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird vielfach auch die Behauptung aufgestellt, daß eben mit Rücksicht auf diese Konkurrenz die Löhne nicht weiter gesteigert werden könnten. In einem Aufsatz „Arbeitslohn und Weltmarkt“ führt der „Kämpfer auf dem Kapitalmarkt“ mit sehr eindringlichen Gründen den Beweis, daß hohe Löhne die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht unterbinden, sondern steigern. Die Lohnhöhe selbst werde in der Hauptsache bestimmt durch die Nachfrage und das Angebot von Arbeitskräften. Dieser Faktor allein bestimmt die Lohnhöhe allerdings nicht. Eine Reihe anderer wirtschaftlicher Faktoren trägt auch ihr Teil dazu bei. Das wollen wir hier aber nicht weiter untersuchen. Was der Verfasser aber im übrigen sagt, wirkt nicht nur überzeugend, sondern es ist auch tatsächlich richtig. Hören wir ihn:

... Man es also festhält, daß die Lage des Weltmarktes das Niveau der heimischen Löhne weder nach oben, noch nach unten bestimmen kann, so scheint es doch ungeheuer richtig, daß die Höhe der heimischen Löhne eine entscheidende Rolle bei der Frage der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt spielen muß. Da die Löhne einen wesentlichen Teil der Selbstkosten ausmachen, sollte man denken, daß der Produzent mit geringeren Selbstkosten demjenigen mit höheren überlegen ist. Demnach zeigt schon ein oberflächlicher Blick auf den Weltmarkt, daß diese Folgerung absolut falsch ist; und nicht allein das, die tatsächlichen Verhältnisse sprechen sogar für das Gegenteil, sie beweisen nämlich, daß die gefährlichsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt diejenigen Länder sind, welche mit den höchsten Arbeitslöhnen zu rechnen haben.

Man lege irgend einem Fabrikanten die Frage vor, welche Länder ihm auf dem Weltmarkt am meisten gefährlich sind. Ohne sich einen Augenblick zu bedenken, wird er die Vereinigten Staaten von Nordamerika und England nennen, d. h. diejenigen beiden Länder, in welchen der Arbeitslohn am höchsten ist. Fragt man ihn weiter nach den Ländern, welche er am wenigsten zu fürchten hat, so nennt er uns China oder Rußland oder sonst ein Land mit unglücklichen Lohnverhältnissen. Innerhalb der eigenen Landesgrenzen ist es nicht anders. Wenn niedriger Lohn gesteigerte Konkurrenzfähigkeit bedeutet, dann müßte sich ein großer Teil der Industrie in Ostpreußen und Posen, den Provinzen mit niedrigerer Lebenshaltung, ansiedeln, ja es müßte eine allmähliche Auswanderung von den teureren Gebieten nach dem Lande zu stattfinden. In Wirklichkeit besteht die Gefahr nicht die Auswanderung genau umgekehrt, und selbst da, wo die natürlichen Vorteile eine Verlegung des Betriebes aufs Land begünstigen, geht sich binnen kurzem der dortige Lohn, und der vorübergehende Vorteil ist bald wieder ausgeglichen. Dieses offensichtliche Laien zum Trotz spielt immer noch die Furcht vor der Konkurrenzfähigkeit wegen höherer Löhne. Man übersieht nämlich folgendes: Die Kraft der menschlichen Muskelkraft, obwohl sie ein Produktionsmittel ist, ist nicht die hauptsächlichste und wirksamste Kraft in der Produktion. Die eigentliche treibende Kraft ist der menschliche Verstand, und die Muskelkraft ist der Vermittler, durch welchen der Verstand sich mit den äußeren

Dingen verbindet, um die natürlichen Kräfte nutzbar zu machen. Ein Geschlecht schwächer, aber intelligenterer Arbeiter wird viel leistungsfähiger sein, als ein Geschlecht kumpflauniger Riesen. Man weißt aber der Erfahrung mit dem Maße des Gehirns, und das Maß des Gehirns ist wiederum abhängig von dem Einkommen. Wo die höheren Löhne eine höhere Lebenshaltung gestatten, da entwickeln sich jene menschlichen Eigenschaften und jene Intelligenz, welche der Anwendung und fortwährenden Verbesserung der Arbeitsmethoden die Wege ebnen, bezw. sie rentabel machen. Daß man in weiten Teilen Rußlands noch heute mit dem Dorfegel und der Sense arbeitet, rührt daher, weil die dortigen Arbeitskräfte zu billig sind. Das amerikanische Erfindungsgeist, das unauferhörliche Streben der Amerikaner nach arbeitssparenden Methoden und Maschinen, sind das Resultat ihrer höheren Löhne. Gekühen unsere Lohnverhältnisse auf dem Niveau jener der ägyptischen Pyramiden oder der chinesischen Kanäle, so würden wir höchstwahrscheinlich noch immer das Wasser aus dem Brunnen mit der Hand herausziehen oder die Waren auf der Schulter transportieren. Daß niedrige Löhne unzuverlässige Arbeit, hohe Löhne überlegene Arbeit bedeuten, kann man überall sehen, wohin man auch blickt.

Es ist richtig, daß ein einzelner Produzent Vorteil davon hat, wenn er die Löhne seiner Arbeiter unter den gewöhnlichen Markt stellen und Arbeiter importieren kann, die um geringeren Lohn arbeiten, und daß er dadurch in den Stand gesetzt ist, seine Konkurrenten zu unterbieten. Aber daraus folgt keineswegs, daß das Land der niedrigen Löhne dasjenige der hohen Löhne unterbieten kann. Wenn die Leistungsfähigkeit einer Nation wird in erster Reihe durch den allgemeinen Stand der Lebenshaltung und der Intelligenz bestimmt. Je höher dieser ist, umso weiter fortgeschritten ist jeder Prozess, der die Kulturmenschen so hoch über die Völker mit primitiven Arbeitsmethoden erhebt. Wenn es aber in der deutschen Arbeiterschaft gibt, in dem Wunsch, eine höhere Lebenshaltung zu erlangen, so mögen diese Vorgänge für den einzelnen Unternehmer recht unangenehm sein, und wenn er sich seiner Haut so gut wie möglich wehrt, so ist das ebenfalls ein Standpunkt, den ihm persönlich keine Verhinderung kann. Die Lohnbewegung als Ganzes genommen — und bei volkswirtschaftlichen Problemen handelt es sich stets nur um das Ganze — ist das Zeichen einer gesunden Volkskraft, welche genau so dazu beiträgt, eine höhere Kulturstufe vorzubereiten, wie es die auf Erreichung eines höheren Gewinnes abzielenden technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen ihrer Beschäftigten tun. Das letzte Geistesprodukt der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sollte auch den Arbeitern endgültig ansprechen.

Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Verbändegenossen diese Beweisführung zu einer lebhaften Agitation für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen benutzen. Notwendig ist dabei vor allem, die Unternehmer mit guten Gründen zu überzeugen, daß niedrige Löhne gerade der Industrie am teuersten zu stehen kommen. Die fast aus Wahnsinnige grenzende Verärgerung der Lebenskosten, insbesondere durch die maßlose Erhöhung der Fleischpreise, macht eine angemessene Lohnverbesserung zu einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit. Tatsächlich hängt die Leistungsfähigkeit der Industrie von dem geistigen und wirtschaftlichen Wohlstand der Masse in hohem Maße ab. Wo die Löhne nicht mehr ausreichen, die für die Arbeiter und ihre Leistungsfähig-

keit notwendige Lebenshaltung zu führen, da müssen sie im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf den Stand hinaus gebracht werden, der die Leistungsfähigkeit der Arbeiter nicht nur auf ihrer schon einmal erreichten Höhe erhält, sondern weiter zu steigern vermag.

Vor allem aber ist nötig, daß die Arbeiter in die Gewerksvereine eintreten, damit in ruhiger und sachlicher, dabei gleichzeitig entschlossener Weise die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse erwirkt werden kann.

### Energisch vorwärts!

Diese Parole hat „Der Gewerksverein“ in seinem ersten Artikel im neuen Gewande ausgedrückt. Wer um sich herum die Zeichen der Zeit beobachtet und die Vorgänge in der Arbeiterbewegung, der kann nicht im Zweifel sein, daß die Parole: „Energisch vorwärts!“ für die Christlich-Demokratischen Gewerksvereine noch mehr Bedeutung hat als für andere Vereine.

Die sogenannten freien Gewerkschaften arbeiten mit Gewaltmitteln darauf hin, die anderen Vereine zu unterdrücken. Die Einzelheiten, die hierfür als Beweis gelten, sind tausendfach in allen Gewerksvereinszeitungen und den nichtsozialistischen Tageszeitungen seit langer Zeit aufgeführt. Die „Christlichen“ haben an der Weisheit eine Hilfe, die nicht zu unterschätzen ist. Das heißt nicht etwa, daß die Herren Harrer, Kaplane und Prediger den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften Wohlthaten erweisen, o nein, in der Regel und wesentlich im Interesse der Zentrumspartei, der Christlich-Sozialen und Konservativen geschieht die Förderung der christlichen Gewerkschaften durch diese einflussreichen Herren.

Da heißt es auf dem Posten sein für die Christlich-Demokratischen.

Sind wir's aber überall im Sinne der Parole: „Energisch vorwärts!“?

Diesach nicht! Es muß viel energischer für die Ausbreitung des Gesamtverbandes gearbeitet werden. Man sehe sich doch einmal das Adressenverzeichnis der Ortsvereine des Verbandes durch und muß erstaunt sein, daß in vielen großen Orten nur wenige Vereine, die im Verbandsorganisiert sind, manchmal auch nur ein einziger durch einen Ortsverein vertreten ist.

Sieht man aber in die Ortsvereine hinein, dann gewahrt man doch recht oft, daß man Angehörige anderer Berufe aufgenommen hat, — weil vom eigenen Berufe ein Ortsverein am Orte nicht bestand. Eine größere Lohntier kann es nicht geben. Hat man jemand interessiert für die Ideen der Christlich-Demokratischen Gewerksvereine und es besteht ein Ortsverein des betreffenden Berufes noch nicht, so nehme man den Mann als Einzelmitglied seines Berufsvereins auf. Solange er keinen Ortsverein seines Berufes am Orte hat, lasse man ihn als Gast an allen Veranstaltungen teilnehmen und Sorge mit dessen, daß andere Kollegen des betreffenden gleichfalls gewonnen werden, bis die zum Ortsverein notwendige Zahl erreicht ist.

Der Partikularkonkurrenz hat seit langer Zeit bewährt, daß man so ein Mitglied lieber in einen Gewerksverein aufnehmen, in dem ihm nichts geboten werden konnte für seinen Beruf, nur um ein Klassenmitglied mehr zu haben; aber der Gewerksverein hatte keinen Gewinn davon. So hat man mit dieser Tugendherzigkeit geradezu verhindert, daß neue Ortsvereine begründet wurden und hat so die Entwicklung der freien Gewerksvereine gehindert. Vielleicht hätten wir in den langen Jahren auch schon neue Berufe im Verbandsorganisiert, wenn die Tugendherzigkeit mancher Verbändegenossen, es nicht verhindert hätte.

Wie es anderen Gewerksvereinen geht, so geht es auch dem zum Verbands gehörenden Verein der

der erst erbeut, als die sogenannten „Feten“ das Vokal verlieren. Schmäcker kritisierte das Verhalten der „Christlichen“, die es sich hätten gefallen lassen müssen, daß ihr Hauptpatron, das Zentrum, im Reichstage den Arbeitern das Brot, Fleisch usw. verweigerte. Nichts parteilich unabhängig und selbständig, daher als einzig neutrale Arbeiterorganisation, könnten nur die Deutschen Gewervereine (D.G.) angesehen werden. Die Rede fand förmlichen Beifall. Ein ehemaliger Gewervereiner wurde seitens der Christlichen ins Feld geführt, — seine Rede rief aber nur allgemeine Gellertzeit hervor, da sie darrer Unfug war. Obgleich dieser „Redner“ einmal Mitglied des Gewervereins der Fabrik- und Handarbeiter gewesen sein will, sprach er doch immer von seinem Generalrat in Berlin. Diese Unkenntnis zeigt schon deutlich genug, was von dieser Mitgliedschaft bei den Gewervereinen zu halten ist. Jakobus Winter, der in Düsseldorf abgewirtschaftet hatte und daher nach Berlin versetzt worden ist, verteidigte die Christlichen in so ungeheurer Weise, daß auch darüber nur Gellertzeit entband. Die Wahrheit heißt er schlangweg auf den Kopf. Nach seiner Behauptung hätten die Gewervereiner Dr. Max Hirsch und Goldschmidt im Reichstage gegen die Sozialistensprache gestimmt. Das wären sie natürlich auch jetzt haben, wenn sie dem Reichstage angehörten. Das Zentrum hat bekanntlich für den Sozialist gestimmt. Inwieweit Kollegen Jordan wurde das Wort durch einen Schlußantrag abgebrochen, nachdem für die Christlichen noch L.C. M. u. m. gesprochen hatte. Wir sind mit dem Verlauf der Versammlung, abgesehen von den schon besprochenen Einwürfen, die wir entschieden verurteilen, sehr gut zufrieden. Ob auch die Christlichen? X.

### Verbands-Teil.

**Süddeutscher Ausbreitungsverband.**  
 Protokollauszug der Vorstandssitzung vom 25. September im Café Strohnhof.  
 Kollege Seib eröffnet die Sitzung um 7 Uhr und sind die Kollegen Berner, Ott, Jenz, Dorsch, Dietmeyer sowie der Beamte Kollege Biecher anwesend. Entschuldigt fehlt

Kollege Dürr, unentschuldig Kollege Glöck. Das Protokoll der letzten Sitzung wird zur Kenntnis gegeben und angenommen. Eine Einladung des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter-Beschäftigten in seinem am 7. Oktober stattfindenden Stiftungsfest wird zur Kenntnis genommen. Austritte sind gemeldet vom D.B. der Maschinenbauer Schramberg, beglückwünscht vom Ortsverein Erlangen. Kollege Biecher gibt Bericht über die in Linde abgehaltene Versammlung im Ortsverbande deselbst, betr. die Gewergerichtswahl, und ist Redner mit dem Besuche der Versammlung, als auch deren Verlauf zurückgegriffen. Am andern Tage wählte er der in Urben stattfindenden Bodenreifer-Konferenz bei. Bei dieser Konferenz hatte Kollege Reper das Referat, worin er dem Süddeutschen Ausbreitungsverband den Vorwurf machte, er arbeite gegen die Maschinenbauer und lasse viel zu wenig, worauf jedoch vom Kollegen Biecher genügend erwidert wurde. Eilems des Bureaus wird der Sitzung der Vorlesung unterbreitet, behufs Befestigung der vorzunehmenden Agitation eine Konferenz mit den führenden Kollegen Bärntzenberg nach Ulm einzuberufen und zwar am Sonntag, den 30. September, nach einmütig angenommen wird. Die Kollegen Seib und Biecher werden hierzu beordert. Zur Kenntnis gegeben und gutgeheißen wird die vom Zentralrat an das bayerische Ministerium gerichtete Eingabe. Gleichfalls wird zur Kenntnis genommen ein Schreiben des Zentralrats, betr. die Petition des Ausbreitungsverbandes bei einer Deputation zum Minister. Es wird beschloffen, auch den Vorständen mit zu beglücken. Kollege Biecher gibt bekannt, was an freiwilligen Spenden seitens der Ortsvereine für den 2. Wappstein eingelaufen ist, welcher zurzeit noch immer arbeitlos ist, und wird denselben auf Anfragen für weitere zwei Wochen ein Aufschub zugesichert. Der Besatz der Errichtung eines sozialen Kurios soll nähergetrieben werden durch Umfrage bei allen dem Ausbreitungsverbande angehörenden Vereinen, doch wird an die Durchführung nur dann gedacht werden können, wenn alle Ortsvereine Süddeutschlands sich dem Ausbreitungsverbande anschließen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schließt der Vorsitzende um 1/2 Uhr die Sitzung.

### Versammlungen.

**Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewervereine (D.G.).** Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewervereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewervereine (D.G.).** Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewervereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonabend, 6. Oktober.** **Handwerker.** Ab 9 Uhr Bräu, Bismarckstr. 25. — **Grupp, Berner, Müller und Kaditzer III.** Dienstag, 9. Oktober, ab 8 1/2 Uhr, Sitzung im „Verkaufshaus“, Bismarckstr. 11. L.D.: Protokoll, Generalratsprotokoll, Monatsbericht. Bilettausgabe, Briefwechsel.

### Orts- und Reichsverbande.

**Berne (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wihl, Schulte-Rattler, Dattlerstraße. — **Hannover und Umgebung (Ortsverband).** Die Besprechung der Ortsverband-Vorstände findet jeden Dienstag abends 9 Uhr im Verbandslokal „Hilfsverein“, Brühlstr. 12, statt. — **Nachm (Ortsverband).** Jeden Sonntag 9 Uhr Sitzung bei Halber, „Jägerhof“. — **Nachm und Umgebung (Ortsverband).** Sonntag, 14. Oktober, morgens 11 Uhr, Vertreterversammlung im Lokale Wäfen, Bismarckstr.

### Veränderungen bezug. Organisations zum Ortsverbandverzeichnis.

**Berlin (Mitglied des Zentralrats.)** Paul Rätzel, Pantow, Behusenstr. Nr. 7 III. **Wiegand (Agitationsleiter des Gewervereins der Tischler.)** R. Reuner, Wiegand, Dinnmarstr. 30 a. **Kürnbürg (Orts- u. Einheitsleiter.)** Otto Randel, Raffner, Gellertstr. 7. **Spremburg i. L. (Bronnenburgisch-Kaufher Ausbreitungsverband.)** Alfred Groß, Gellert, Mühlentstraße 3; Adolf Ripprecht, Raffner, Mühlentstr. 1.

## Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart**  
 Auf Gegenseitigkeit. Gegründet 1875.  
 Unter Garantie der Stuttgarter Mit- und Rückversicherungs-Aktiengesellschaft.  
 Kapitalanlage mehr als 45 Millionen Mark.  
**Haftpflicht-Versicherung für Handwerker u. Gewerbetreibende.**  
 Empfehlungsvorträge mit Innungen, Vereinen und Handwerkskammern.  
 Gesamtversicherungssumme über 600 000 Versicherungen. Monatlicher Zugang ca. 6000 Mitglieder.  
 Prospekte, Versicherungsbedingungen, Antragsformulare, sowie jede weitere Auskunft bereitwillig und kostenfrei.  
**Unfall-Versicherung.** Vertreter aus allen Städten überall gesucht. **Lebens-Versicherung.**

**Breslauer Zeitung**  
 Begründet 1820

77. Jahrgang      Älteste      4. Quartal  
**freisinnige Tageszeitung Schlesiens**

3 mal täglich      1 mal täglich  
 Sonntags einmal      Tages-Ausgabe  
 Montags zweimal      Monatlich  
 Monatlich      bei den Postämtern 1,30 Mark

**Politisches Tageblatt**  
**Stadt- und Provinzblatt + Unterhaltungsblatt**  
 Aktuell — entschieden liberal — zeitgemäß  
 Unterhaltungs-Artikel für die wackeren Schlesiener auf allen Gebieten

**Umfangreiches best informiertes Handelsblatt**

**Informationsorgan ersten Ranges**  
 für alle Geschäfte und unternehmerrischen Kreise, Berechtigung aus dem Reichs- und Provinzialgesetz und Landesgesetzlichen Verordnungen von Reich, Provinz, Städten, Gemeinden und Kreisämtern.  
 Jahressubskription 20 Mk., aus dem Reich und Post 25 Mk.  
 Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 15 Pf.

**Ausferndruckbild**  
 des **Verbandsanwalts**  
**Dr. Max Hirsch**  
 166 x 280 mm  
 in neuer Ausfertigung  
 vom Verbandsbureau  
 Berlin NO. 55,  
 Greifswalderstraße 221/223  
 zum Preise von 50 Pfennigen  
 zu beziehen.

**Verbandsbureau**  
 der  
**Deutschen Gewervereine**  
 Berlin N.O.,  
 Greifswalderstraße 221/223.

Treffpunkt aller Gewervereine einfließen an den Abenden . . . und an jedem Sonntag . . . Fröhliche Besuche, große Konversation mit vorzüglicher Küche, vier Regelbahnen. Nach den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Bergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, dabei zum Besuche freundschaftlich ein **Carl Bernst, Detmold.**

**Fortwährend nachgekauft**  
 werden Dr. Raber's perle  
 Omben, Bild 2,20 Mk., sehr  
 haltbar u. wirksam.  
 Mitglieder 10% Rabatt.  
 A. Hofmann & Co., Markt,  
 Spandauerstraße 77.

**Zur Wahl eines neuen Beamten für den Verband der Deutschen Gewervereine.**

Im Verbandsbureau ist die Stelle eines Verbandssekretärs neu zu besetzen. Derselbe hat insbesondere die Aufgabe, die Vertretung der unfallverletzten Genossen vor dem Reichsversicherungsamt zu übernehmen. Er muß in der gesamten Arbeiterversicherung erfahren und befähigt sein, flüssig wie orthographisch richtig zu schreiben und die entsprechenden Schriftstücke anfertigen zu können.

Gewinn muß derselbe zur Agitation rednerisch gewandt und mindestens fünf Jahre Mitglied eines Gewervereins sein. Als Anfangsgehalt hat der Verbandsrat monatlich 180 Mk. festgesetzt. Verbandsgenossen, welche vorstehende Eigenschaften besitzen und sich befähigt fühlen, das Amt als Verbandssekretär in obigen Sinne anzunehmen, wollen ihre Bewerbungsgesuche bis spätestens den 8. Oktober 1906 schriftlich an das Verbandsbureau, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223, unter Beifügung eines kurzgefaßten Lebenslaufes einreichen.

Alle Schriftstücke und Zusendungen, welche das Gebiet der Arbeiterversicherung betreffen, sind bis auf weiteres an nachstehende Adresse zu richten:

**Franz Heuschel,**  
 Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.  
 Das Bureau des Zentralrats.

**Ohrenleiden**

(Gehör, Schmerzen, Schwerhörigkeit usw., auch ganz rezente Fälle) werden jetzt nach der neuesten preisgünstigen Methode des Dr. Wernicke, von welcher vor kurzem der Kaiser Akademie der Wissenschaften berichtet wurde, gründlich geheilt. Die Behandlung kann nie Schaden bringen. Broschüre gratis und portofrei von H. W. Kropp in Leipzig 77b.

**Berlin. Durchreisende aus dem Winterhalbjahr 1. März und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 15 Pf. bei Raiguth, Bismarckstr. 1.**

**Berlin (Ortsverband).** Ratten b. Raffner **Erhard Hartmann,** Bismarckstr. 10.

**Offen (Ortsverband).** Oberberg zur Heimat. Arbeitsnachweis u. Bergungsarbeiten im Gewerereinsbureau, Post-Str. 33.



Deutschen Kaufleute. Es soll sogar in den Vorständen anderer Gewervereine, d. h. in deren Ortsvereinen, Handlungsgehilfen geben. Die Herren spielen vielleicht eine große Rolle in solchen Ortsvereinen; aber entspricht das dem Wesen der Gewervereine? Wir sollen in Berufsfragen uns betätigen. Kann das ein Handlungsgehilfe in einem Ortsverein der Schneider, der Schuhmacher usw.? Vage es nicht näher, daß die Angehörigen der betreffenden Berufe die Regelung ihrer Berufsfragen selbst in die Hand nehmen? Wenn solche Herren als Gewervereiner tätig sein wollen, dann sollen sie am Orte ihrer Tätigkeit einen Ortsverein des Vereins der Deutschen Kaufleute gründen. Das nützt ihnen und dem Vorwärtstreben der Pfirsich-Dunderlins Gewervereine.

Außer den Angehörigen unseres Berufes, die unserem Gewerke verloren gehen, aber wenigstens mit ihrer Person dem Verbande ein Mitglied mehr sind, gehen uns aber andere durch die Nachlässigkeit der Verbandsgenossen verloren. In all den Städten, wo die Gewervereiner in großer Zahl vertreten sind, sind auch Angehörige von Gewervereinern Handlungsgehilfen. Ist es nicht die selbstverständliche Pflicht eines Gewervereiners, Sohn und Bruder dem Gewerke seines Berufes zuzuführen? Und hier sei es gesagt: Es sind nicht nur einfache Gewerkevereinsmitglieder, nein, es sind fähige Personen im Verbande, die es ruhig geschehen lassen, daß ihre Angehörigen anderen kaufmännischen Vereinen sich anschließen. Als wir klein waren, hatte man die faule Kunde, daß andere Vereine mit ihrer größeren Mitgliederzahl mehr bieten können. Uns recht faule Beschönigung. Wenn wir nicht alle daran mitarbeiten wollen, daß auch die zurückgebliebenen Gewerkevereine größer werden, welchen Wert hat dann der Zusammenschluß im Verbande?

Jetzt haben wir uns aber trotz alledem herangearbeitet. Der Verein der Deutschen Kaufleute ist seit Jahren der drittgrößte Gewerkeverein im Verbande und wird vielleicht schon am Ende d. J. der zweitgrößte Gewerkeverein sein. Aber nicht nur darin haben wir uns herangemacht. Die Stellenvermittlung, im Handlungsbetriebe eine wichtige Aufgabe des Berufsvereins, haben wir so gefördert, daß kein kaufmännischer Verein seinen Bewerbern mehr Aussicht auf Erlangung einer Stelle bieten kann als wir. Unsere Stellenlosenunterstützung ist die weitreichendste aller kaufmännischen Vereine. Und abgesehen von der Zahl der Mitgliederzahl der größten Vereine zählen, zahlen wir die größte Unterstützungssumme alljährlich. Und so wie diese beiden Einrichtungen sind auch die anderen ebenfalls den besten anderer Vereine und den meisten überlegen. Da gibt es keinen Grund mehr, mit dem man es entschuldigen könnte, daß man keinen Wert darauf legt, die Angehörigen, soweit sie Handlungsgelhilfen sind, unserem Verein zuzuführen.

Es ist beschämend, wenn wir sehen müssen, daß der Sohn eines Gewerkevereinsführers einem kaufmännischen Verein angehört, der den Verein der Deutschen Kaufleute herabzusetzen versucht durch den Hinweis auf die Zugehörigkeit zum Verbande der Deutschen Gewerkevereine. Die Väter mögen das ja nicht wissen, aber die Söhne lesen doch ihre Verbandsblätter. Hier lassen es Gewerkevereiner zu, daß dem Verbande Mitglieder verloren gehen, die man ohne Mühe gewinnen könnte.

Und es geht dem Verein der Deutschen Kaufleute nicht allein so. Der unglückselige § 7 des Verbandsstatuts begünstigt den Zustand, der den einzelnen Gewerkevereinen Schaden bringt wie dem ganzen Verbande. In Hannover vermochte man das noch nicht einzusehen, hoffentlich geht man in Kiel auf die Suche ein.

Wenn die Parole: **Energisch vorwärts!** Geltung haben soll, dann muß man überall die Vereinsmeierei über Bord werfen, dann muß sich jeder Gewerkevereiner sagen, daß auch ihm und seinem Gewerke eine Förderung zuteil wird, wenn er zur Förderung eines anderen Gewerkevereins beiträgt. Der Verein der Deutschen Kaufleute will in nicht zu langer Zeit 100 000 Mitglieder zählen. Erfahren wir von den Verbandsgenossen die nötige Förderung, die ganz natürlich sein sollte, dann wird die günstige Rückwirkung für die anderen Gewerkevereine auch nicht ausbleiben, und der Hochmut der „Freien“ und „Christlichen“ soll sich bald legen.

Also: **Energisch vorwärts!**

Paul Erdger.

**Allgemeine Rundschau.**

Am Sonntag fanden in vielen Druckstädten die Versammlungen der Buchdruckergehilfen statt, um Stellung zu nehmen zum neu vereinbarten Buchdruckerlohn. In Berlin fand die Versammlung vormittags im Virtus Schumannsaal statt, der für diesen Zweck für eine sehr hohe Summe, man sprach von 1000 M., gemietet worden war. Die Versammlung verlief aber verjuktallos, weil gleich nach Eröffnung sich derselben eine heftige Unruhe bemächtigte, die der Unzufriedenheit über den neuen Tarif Ausdruck gab. Dem Vorstande wurde zum Vorwurf gemacht,

daß er den neuen Tarif der Gehilfenschaft nicht erst zur Kenntnis gebracht habe, bevor sie ja und Amen dazu sagen sollte. Der aus der großen Versammlung vielfach erdrossene Ruf „Schließung“ ließ erkennen, daß den Gehilfenvertretern kein Vertrauen entgegengebracht wurde. Selbst der radikale Vorsitzende Massini wurde fortgesetzt durch laute Zwischenrufe unterbrochen, als er die Verhandlung zu verteidigen suchte. Fast einstimmig wurde nach einer erregten Geschäftsordnungsdebatte der Vertragsschluß angenommen. Die Versammlung der Buchdrucker in Leipzig, die von etwa 2500 Personen besucht, in „Sachsen“ tagte, nahm einen ähnlichen Verlauf. Hier wurde insbesondere bemängelt, daß der Tarif auf 10 Jahre abgeschlossen sei. Erst wollte man den ganzen Tarif kennen lernen, ehe man ihn zustimmte. — In Essen a. Rh. wurde beschlossen, den Gehilfenvertreter für Rheinland-Westfalen zu beauftragen, neue Tarifverhandlungen anzubahnen, in denen fast der gewährten 10, 15% Lohn-erhöhung und eine 1/2 stündige Verkürzung der täglichen Arbeitszeit erreicht werde. Es soll eine rheinisch-westfälische Bezirksvorstehersonferenz einberufen werden. — In Stuttgart beschlossen die 1500 versammelten Gehilfen, die Zustimmung zum Tarif so lange anzusehen, bis die Stuttgarter Prinzipale die Garantie gegeben hätten, daß auch den mit 3 M. über das Minimum entlohnten Gehilfen mindestens 5% Lohn-erhöhung gewährt würde.

Die in Berlin versammelten Prinzipale stimmten der Tarifabmachung zu. Die Vorgänge in den großen Städten lassen es zweifelhaft erscheinen, ob der von den Vertretern der Gehilfen und Prinzipale beschlossene Tarif von der Gehilfenschaft akzeptiert wird. Die Anbahnung neuer Tarifverhandlungen dürfte keinen Erfolg haben. Es dürfte dann wahrscheinlich viel eher zu einer das stolze Buchdruckergewerbe schwer schädigenden tarif-losen Zeit kommen.

**Ein die Bankangehörigen schwer schädigendes Abkommen** hatten untereinander die sogenannten D-Banken, d. h. die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft, die Dresdener Bank und die Darmstädter Bank, getroffen, indem sie sich verpflichteten, Beamte aus ungelieblichen Stellungen sich gegenseitig nicht mehr weiterzugeben. Man wollte damit verhindern, daß Bankbeamte sich um bessere Stellen bewerben, und wenn sie eine solche zugeführt erhalten haben, ihre Firma vor die Wahl stellen, höheres Gehalt zu zahlen oder den Angestellten zu verlieren. Nun wird nach dem Sprichwort, daß niemand das schmutzige Wasser wegheit, wenn er nicht reines dafür hat, kein Bankbeamter so leicht eine Stellung aufgeben, wenn er nicht einen Ersatz dafür hat. Deshalb bedeutete jenes Abkommen der D-Banken eine schwere Schädigung der Angestellten, gegen welche diese in Wort und Schrift sehr energisch Stellung genommen haben.

Diese Protestbewegung ist denn auch nicht erfolglos gewesen. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat nämlich dem Verein der Bankbeamten die Erklärung zukommen lassen, daß das Bemerkungsrecht der Angestellten in nicht-gehindigter Stellung unangefochten bleiben soll, wenn der Angestellte seine Bemerkungsabsicht vorher seinem Chef mitgeteilt habe. Auch ohne vorherige Benachrichtigung des Chefs soll der Angestellte sich bei der an einem anderen Orte befindlichen Niederlassung der Vertragsbanken bewerben dürfen.

Dazu bemerkt die „Bankbeamtenzeitung“, das Organ des Bankbeamtenvereins: „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch diese Erklärung die schweren Bedenken, die der Vertrag bei uns erwecken mußte, zum großen Teil beseitigt werden. . . . Da man von Anfang an damit rechnen mußte, daß die betreffenden Banken eine offizielle und ausdrückliche Aufhebung des Kartells nicht vornehmen würden — uns wäre dieser Schritt natürlich der willkommenste gewesen — so kann die uns gewordenen Aufklärung nur mit lebhafter Freude begrüßt werden.“

**Kater den Bergarbeitern** geht es von neuem. Am Freitag hielt in Gelsen die Eisenerkommision eine Sitzung ab, um formell Beschluß zu fassen hinsichtlich der Lohnfrage. Sämtliche Vertreter der fünf Bergarbeiterverbände mit zusammen etwa 220 000 Mitgliedern wurden sich einig, für alle deutschen Bergbauereiere eine 15prozentige Lohnsteigerung zu fordern. Die Forderungen werden gemeinlich durch die Verbände an die Organisationen der Bergwerksbesitzer und an die einzelnen Gruben direktionen gerichtet. Den einzelnen Organisationen bleibt es außerdem überlassen, die Arbeiterausschüsse zur Unterstützung dieser Forderung zu bewegen.

Infolge dieser Beschlüsse nehmen die Belegschaften der Zechen „Kaiserstuhl“ bei Dortmund, die auf ihre bei der Direktion eingereichten Forderungen eine ablehnende Antwort erhalten hatten, von weiteren Schritten einstweilen Abstand.

Arbeiterbewegung. Aus „Rote Erde“ sind neue Ereignisse nicht zu berichten. — Am dem Streik auf

den Erzgebirgs-Fahrradwerken in Brandenburg a. H. ist auch der Gewerkeverein der Frauen und Mädchen beteiligt. — Der Formierstreik auf dem Siemenswerk in Panlow b. Berlin dauert unverändert fort. — In der Baubeschlagfabrik Simonswert zu Rheda i. W. sind Differenzen ausgebrochen, die vielleicht zum Ausstand führen. — Der Streik in der Goerzischen Fabrik für optische Instrumente in Friedland ist zu Ende. Die Firma hat sich bereit erklärt, den gemäßigtesten Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes wieder einzustellen. — Die Werkzeugmacher der Spiegelbetriebe in Berlin stehen in einer Lohnbewegung. Sie verlangen neben der 9 stündigen Arbeitszeit 25—50 pCt. Aufschlag für absolut unvermeidliche Überstunden, Abschaffung der Akkordarbeit, Festsetzung eines Mindeststundenlohnes von 65 Pfg. für Werkzeugmacher und von 60 Pfg. für Maschinenkloster usw. Alle Hilfswerkzeuge sollen vom Arbeitgeber geliefert werden. Wo bis zum Mittwoch abend diese Forderungen nicht schriftlich anerkannt sind, soll am Donnerstag die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden. — In Kachen sind die Glasgehilfen in eine Lohnbewegung eingetreten. — Der Ausstand des Hilfspersonals der Eingegerinnen in der graphischen Anstalt von Wilh. Schlemming in Kassel ist durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet. — Zwischen den Kontobucharbeitern und Arbeiterinnen und den Unternehmern in Berlin ist es nach vielen Bemühungen zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen. — In Mainz und in Mannheim hatten die Rheinflößer wegen Lohnhöherungen die Arbeit eingestellt. — In der Konfektionsindustrie von R. Gladbach ist schon seit längerer Zeit eine lebhafte Bewegung bemerkbar. Infolge des kürzlich beendigten Streiks hat sich dieselbe ein neuer Verband der Kleiderfabrikanten gebildet. Das gibt hoffentlich auch den Arbeitern Veranlassung, mit aller Energie für die Vergrößerung und den Ausbau ihrer Organisation einzutreten. — In sämtlichen Rammgarnspinnereien in Rülshausen i. E. ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, indem die Arbeiter sich mit den vor dem Streik gewöhnten Lohnausbesserungen zufrieden gaben. — Die von den Berliner Handbuhmachern vor einiger Zeit eingeleitete Lohnbewegung hat mit einem Erfolge der Arbeiter geendet. — Die Bäderegeleien in Würzburg befinden sich schon seit längerer Zeit in einer Bewegung, um die Abschaffung des Koff- und Vogelmessens sowie eine Regelung der Lohnverhältnisse durch Tarif zu erreichen. Die Bädereister haben nun sich bereit erklärt, für die verheirateten Gesellen Koff und Vogis abzuschaffen. Bezüglich des Lohntarifs zeigen sie nicht das geringste Entgegenkommen. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß es im Würzburger Bäderegewerbe zum Streik kommt. — Das Hilfspersonal der Stein-, Licht- und Rotendruckereien in Leipzig trat in eine Lohnbewegung ein. Gefordert werden neunstündige Arbeitszeit, höhere Löhne und höherer Zuschlag für Überstunden. — Den streikenden Kesselschmieden im Gyldeberg hat der Präsident des Board of Trade in einem Schreiben seine Vermittlung angeboten. — Der Streik in der Enghelber Textilindustrie, an dem gegen 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren, ist beendet. Die Ausschüßigen haben die Vorschläge der Unternehmer annehmen müssen, also keinen Erfolg erzielt, was vor allem auf die unglücklichen Organisationsverhältnisse zurückzuführen ist. — Zu festigen Differenzen ist es im Bäderegewerbe in Budapest gekommen. 1800 Gesellen wollen bei Abschaffung ihrer Lohnforderungen am 11. Oktober in den Streik treten, wogegen die Meister eine allgemeine Ausperrung vorbereiten. — Auch in Paris sind gegenwärtig die Bäderegeleien in lebhafter Bewegung, um auch für sich den wünschenswerten Ruhetag zu erringen. Deshalb haben schon am letzten Sonntag die Militärbürokraten keinen Urlaub erhalten, um eventuell für die Brotversorgung von Paris verwendet werden zu können.

**Die Schuld an der Lebensmittel- und Lebenshaltungserhöhung** tragen die Arbeiter selbst, die durch die Forderung höherer Löhne die Produktionskosten steigern. So verhält es sich bei der „Konf. Korresp.“ und „Post“ und ähnliche Zeitungen spielen es nach, weil es ihnen eben in den Kräfte geht. Das umgekehrt die Arbeiter durch die allgemeine Lernerung nach einem bessern Verdienste streben müssen, — siehe den Artikel: „Lohnhöhe und Weltkonkurrenz“ — will derartigen Vätern nicht in den Sinn. Wenigstens tun sie so, denn in Wirklichkeit wissen sie ganz genau, daß die belehrte Wirtschaft und Steuerpolitik, welche die hinter ihnen stehenden Parteien treiben, die herrschenden Lernerungsverhältnisse verschuldet haben. Das soll natürlich verschleielt werden, und da wird dann zu dem plumpen Schwindel gegriffen, die neuen Steuern seien erforderlich gewesen, um die wachsenden Kosten der lediglich den Arbeitern zugute kommenden Sozialreform zu decken.“ Vom Zolltarif und von der Grenzsperrre wird in der genannten Korrespondenz verächtlich geschwiegen. Welche

andern Faktoren außerdem noch auf die Erhöhung der Lebensmittel-, Wohnungs- usw. Preise einwirken, soll nicht unterjocht werden.

Als die sozialpolitischen Kosten sind es, welche die neuen Steuern notwendig gemacht haben. Doch Millionen über Millionen alljährlich für Heer und Marine ausgegeben werden, das unsere Kolonien und die ihr wegen notwendig gewordenen Kriege alljährlich ungeheure Mittel verschlingen und die Erschließung stets neuer Gewinnquellen erfordern, das wird in jenem Teil der Presse abschließend verschwiegen. Man verfolgt damit eine doppelte Absicht: Einmal glaubt man die wahren Ursachen der Teuerung verschleiern zu können, dann aber wird auch gleichzeitig gegen jedes Streben der Arbeiter auf Lohnerhöhung scharf gemacht. Das angewandte Mandier ist jedoch so plump, daß es seine Wirkung völlig verfehlt. Die Arbeiter werden sich jedenfalls nicht abhalten lassen, die wahren Urheber der Teuerung zu brandmarken und gleichzeitig diejenigen Schritte zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage zu tun, die sie in ihrem Interesse für notwendig erachten.

Wie man die Kartoffelpreise senkern kann, das lehrt Nr. 89 der „Medienwirtsch. Landwirtschaftlichen Zeitung“ ihre agrarischen Leser. Bei den außerordentlich guten Viehpreisen sollte der Landwirt die Kartoffeln soviel wie möglich als Viehfutter verwerten, weil dadurch der Markt für die Kartoffeln etwas entlastet wird und das Angebot nicht so groß ist.

Unsere Agrarier treiben es in dieser Zeit tiefgehender Erbitterung über die unerschwinglichen Fleischpreise sehr weit. Und sie treiben ein gefährliches Spiel!

Bisher die Gründe, welche zur Entlassung Bismarcks führten, werden jetzt neue Tatsachen bekannt durch die Veröffentlichung der „Denkwürdigkeiten des Fürsten Sadowitz zu Hohenlohe-Schillingsfürst“, des dritten deutschen Reichskanzlers. Daraus geht u. a. hervor, daß auch die Frage der Arbeiterbeschäftigung einen Stein bildete, aber die Fürst Bismarck feinerzeit gestützt ist. Er wollte, nachdem er die Versicherungsgegesetzgebung gemacht hatte, von der sozialen Gesetzgebung im Sinne des Arbeiterschutzes nichts wissen, während der Kaiser vorwärts drängte. Auch der Großherzog von Baden beauftragte lebhaft die sozialen Reformen und trug dadurch mit zu dem Bruch zwischen Kaiser und Kanzler bei. Einen besonders klaren Blick in die herrschende Stimmung gewährt eine Niederschrift vom 26. April 1890, in der Fürst Hohenlohe den Inhalt eines Gesprächs mit dem Kaiser wiedergibt. Danach hat die Bestimmung zwischen Wilhelm II. und Bismarck bereits im Dezember 1889 begonnen:

Da mir schon verlangte der Kaiser, daß etwas in der Arbeiterfrage geschehen solle. Der Kaiser war dagegen. Der Kaiser ging von der Anschauung aus, daß, wenn die Regierung nicht die Initiative ergreife, der Reichstag, das heißt Sozialisten, Zentrum und Fortschrittspartei, die Sache in die Hand nehmen würden und dann die Regierung hinterher kommen werde. Der Kaiser wollte das Sozialistengesetz mit der Ausweisung dem neuen Reichstag wieder vorlegen, diesen, wenn er es nicht annehme, aufheben und dann, wenn es zu Aufständen käme, energisch einschreiten. Der Kaiser widersetzte sich dem, weil er sagte, wenn jetzt Großherzog nach einer langen ruhmvollen Regierung verstorben wäre, gegen Aufständische vorzugehen, so würde ihm das niemand abgemahnen haben. Anders sei es bei ihm, der noch nichts geleistet habe. Ihm werde man vorwerfen, daß er seine Regierung damit anfange, seine Interessen zu gefährden. Er sei bereit einzuschreiten, aber er wolle dies mit gutem Gewissen tun, nachdem er versucht habe, die beschränkten Reichsminister der Arbeiter zu befriedigen, wenigstens alles getan habe, um deren begründete Forderungen zu erfüllen. Der Kaiser verlangte also in einer Ministerkonferenz die Vorlage von Erlässen, welche das enthalten sollten, was die Erlasse später gebracht haben. Bismarck wollte davon nichts wissen. Der Kaiser legte nun die Frage dem Staatsrat vor, und endlich gelang es ihm auch trotz des Widerstands Bismarcks, die Erlasse zu bekommen. Bismarck aber arbeitete im stillen dagegen, versuchte, die Sache zu bestimmen, an ihrer Konferenz festzuhalten, was durch Noth, des Schweizer Gesandten in Berlin, lokale Haltung vereitelt worden ist. Außerdem arbeitete Bismarck bei den Diplomaten gegen die Konferenz.

Schon kurz nach der Entlassung Bismarcks wurde im „Gewerksverein“ der Vermutung Raum gegeben, daß der eiserne Kanzler über den „Strohhalme Arbeiterbeschäftigungsgesetz“ sei. Durch die Hohenlohe'schen Denkwürdigkeiten wird also nun die Möglichkeit der damals von und vertretenen Ansicht bündig bestätigt.

Wenn zwei dasfelbe tun. In Nummer 101 des „Korrespondenzblattes“ hatten wir einen Vorgang aus Karlsruhe mitgeteilt, der einen Streit zwischen dem Oberbürgermeister und dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Willi betraf. Willi hatte behauptet, daß ein Arbeiter mit Entlassung gebracht worden sei wegen seiner Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation. Der so eingeschickte Arbeiter habe daraufhin sein Amt in der Organisation niedergelegt. Der Oberbürgermeister erklärte diese Behauptung für

unwahr. Herr Willi ließ die Sache dann von Mitte August bis zum 11. September ruhen, wo er wieder einen Brief an den Oberbürgermeister schrieb und darin seine Behauptungen aufrecht erhielt. Jetzt wird durch die städtische Verwaltung festgestellt, daß der betreffende Arbeiter selbst erklärte, daß Herr Willi sich seine Behauptungen gegen die städtische Verwaltung aus den Fingern gezogen hat. Es handelt sich um den Arbeiter Heide, der erklärte, daß der betreffende städtische Beamte niemals mit ihm in anderen als rein dienstlichen Sachen gesprochen und insbesondere sich nie über seine Vereinszugehörigkeit ihm gegenüber geäußert habe. Der Arbeiter erklärte ferner, Herrn Willi nur mitgeteilt zu haben, daß ihm die Ausübung des Vorstandsamtes zu schwer würde und er daher insbesondere mit Rücksicht auf seine zahlreiche Familie sein Amt niederlegen wolle. Ein von mehreren Arbeitern unterschriebenes Protokoll stellt fest, daß bei dem Tiefbauamt eine Beschwerde des Vereins städtischer Tiefbauarbeiter eingeleitet sei, in der darüber gesagt werde, daß die Mitglieder dieses Vereins von einem Teile der städtischen Arbeiter, welche dem Verbande der Gemeinbedienten angehören, während der Arbeitszeit wegen ihrer Vereinszugehörigkeit verfolgt und beleidigt würden. Der Tiefbauinspektor habe die Ungehörigkeit eines derartigen Verhaltens gerügt und sich dahin geäußert, daß es dem Tiefbauamt einerlei sei, welchen Vereinen oder Verbänden die städtischen Arbeiter angehören, wenn sie nur ihre Pflicht in Ruhe und Anstand erfüllen und sich nicht wegen ihrer verschiedenartigen Vereinsinteressen verfolgen. Es werde seitens des Tiefbauamtes darauf geachtet werden, daß derartige Verfolgungen unterbleiben. Zuwiderhandlungen würden streng bestraft und erforderlichenfalls mit Entlassung geahndet werden.

Die städtische Verwaltung hat sich durch die genaue Untersuchung der sozialdemokratischen Behauptungen ein Verdienst erworben. Es ist der städtischen Verwaltung nicht nur zu danken, sondern sie hat es direkt als ihre Pflicht anzusehen, dafür zu sorgen, daß ein sozialdemokratischer Terrorismus gegen Andersorganisierte innerhalb des Betriebes nicht geduldet wird.

Wie sehr die Verquickung mit der Partipolitik die Arbeiterbewegung schädigt, das zeigen die Schlussfolgerungen, welche die Schwarzmagdelpresse aus den Debatten über den Massenstreik auf dem sozialdemokratischen Parteitage zieht. Namentlich die von Rautsky beantragte und auch angenommen Forderung, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werde und daß es Pflicht jedes Parteigenossen sei, in diesem Sinne zu wirken, gibt verhängenen Tageszeitungen Veranlassung, an die Reichsregierung die Frage zu richten, welche Konsequenzen sie daraus für den Gehörten betr. die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine ziehen werde. „Man mag“, so schreiben die „Samb. Nachr.“, „den materiellen Inhalt eines solchen Gesetzes hoch oder niedrig bemessen — auf alle Fälle bedeutet sein Erlaß eine staatliche Vertrauenslandgebung an die Gewerkschaften. Können und dürfen die verhängenen Regierungen nach dem Wannheimer Beschluß sich zu einer solchen Vertrauenslandgebung verstehen?“

Wenn durch solche Mahnungen die Reichsregierung sich wirklich beeinflussen ließe, trüge die Schuld nicht allein der Umstand, daß Partei und Gewerkschaften ein\* sind, daß man die Partipolitik nicht von der Arbeiterbewegung trennen will. Das Schlimmste dabei ist, daß auch derjenige Teil der Arbeiterchaft, der, wie die deutschen Gewerksvereine, nicht auf sozialdemokratischem Boden steht, darunter zu leiden hat.

Das „schwarzmagde“ Gedicht aus dem „Steinarbeiter“, dessen Anfang wir in Nr. 40 mitteilten, will selbst der Generalkommission der Gewerkschaften, die doch gewiß an eine kräftige Rost gewöhnt ist, nicht munden. Ihr „Korr.-Bl.“ will auf die Wiedergabe dieses Gedichtes verzichten, da es eine Bereicherung seines Inhalts darin nicht erblicken und auch eine solche Kampfesweise nicht billigen könne, gegen welchen Gegner sie sich auch richten möge. Dann natürlich kommt der Pferdeschuh zum Vorschein. An der Beschnackverirrung, die der Redakteur des „Steinarbeiter“ durch die Wiedergabe des Gedichtes an den Tag gelegt hat, sind nämlich nach dem „Korr.-Bl.“ der Generalkommission\* einzig und allein die Gegner der „freien“ Gewerkschaften schuld, die als das „Mittel“ hingestellt werden, die mit diesem Ton angefangen hätten. Es verlohnt sich nicht der Mühe, eine solche Behauptung zu widerlegen; die Tatsachen selbst strafen sie klug. So wenig Sympathien auch die „freien“ Gewerkschaften und Franz Mehring für einander haben mögen, den Satzbedeutung des letzteren haben sie trotzdem schon längst sich zu eigen gemacht.

Eigenartige Erziehungsgeschichte sind in der Sozialdemokratie geltend, die für sich bekanntlich dem Ruhm in Anspruch nimmt, die einzige Partei zu sein, die wirklich die Erziehung der Menschen zu wahrer Bildung und Kultur auf ihre Fahne geschrieben hat. In einem seltsamen Kontrast steht dazu allerdings das Verhalten der „roten jungen Garde“, die in letzter Zeit recht viel von sich reden gemacht hat, anscheinend nach dem Grundsatze: Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr. Selbst sozialdemokratischen Blättern sagt die Art der „gleichbewußten“ jungen Leute nicht. So sagt die „Münch. Post“:

„Wenn wir ethisch sein wollen, müssen wir gehören, daß diese Verhandlungen weit mehr unerschütterliches als Erfreuliches bieten. Man hätte zweifellos besser getan, die Leiter der Organisationen, die älteren Genossen, zu einer Beratung über die zu unternehmenden Schritte zu laden, als die Jugendlichen und ganz jugendlichen selbst nach Mannheim zu demühen. Es wäre sicher mehr dabei herausgekommen. Denn die jutage tretenden Anschauungen waren noch so ungeklärt, die Debatte verlor sich oft demagen ins Unerlöste, es herrschte eine solche Unklarheit über das, was man eigentlich wollte, daß schwere Bedenken nicht zu unterdrücken sind. Es wirkt für jeden im ersten politischen Kampfe Stehenden geradezu komisch, die jungen Menschen von 16, 17 Jahren mitungemeßenen Selbstdemutieren über Erziehungsgesetzen und deren jugendliche Erfahrung fehlen mit. Sie gebärden sich als Subjekte, wo sie billigerweise doch nur Objekte der Erziehung sein sollten.“

Ähnlichen vernünftigen Ansichten sind wir auch sonst in der Beurteilung der Mannheim'ser Vorgänge begegnet. Das hindert aber andere Bürger nicht, wer weiß was für Aufhebens von den Jugendorganisationen zu machen und sie über den großen Klee zu loben. Von „heiligem Ernste“ und „starkem Willensgefühl“ salbachtet die „Sächs. Arbeiterztg.“. Dadurch wird natürlich die Annäherung und Aufgeschlossenheit der roten jungen Garde nur noch gesteigert. Inwiefern das verhöht nicht erzieherische Gründe, ebenso wie es nichts ausmacht, wenn ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt bei der Verteilung von zwei solchen Hühnchen, die sich wegen Verteilung von sozialdemokratischen Hühnchen an einer Fortbildungsschule ohne polizeiliche Erlaubnis zu veranworten hatten, ruhig erklärte, der „Verein der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge“ sei kein politischer. So wird die Wahrheit mißhandelt, und das soll dann vorbildlich auf die Jugend wirken. Keine Erziehungsergebnisse wird man da erwarten dürfen.

Eine deutsche Antwort wurde dieser Lage dem französischen Marineminister Thomson zuteil, als er in Drest eine Abordnung der Werftarbeiter empfing, um ihre Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen. Auf die Forderung höherer Löhne erwiderte der Minister, man werde eine neue Arbeitsmethode, die den Arbeitern einen höheren Gewinn je nach dem höheren Wert ihrer Produktion zusichert, verschaffen einführen. Die Werftarbeiter erklärten indessen, daß diese Methode ihren Wünschen nicht entspreche, daß die Regierung die festen Löhne erhöhen müsse, da „ein Pferd, das nicht genug Hafer erhalte, auch nichts leiste“. Der Minister versprach schließlich, ihren Forderungen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Auf die Bemerkung Thomons, die Arbeiter müßten mehr leisten und sich der Unge, an der nationalen Verteidigung mitzuarbeiten, bewußt sein, erwiderte einer der Abgeordneten, sie schrien sich nicht um die nationale Verteidigung, ihnen sei die Sicherung ihrer Erziehung die Hauptsache!

Diese Antwort klingt recht unpatriotisch; wenn die französische Republik in ihren Staatsbetrieben die Arbeiter aber so schlecht bezahlt, daß die Klagen derselben berechtigt sind, dann ist der in dem Ausspruch des Arbeiters hervorgetretene Unmut menschlich wohl zu begreifen.

Der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller wird im November in Berlin zusammentreten. Er soll u. a. die Interessen der Industrie an einer Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuches und den sich mit diesen Aenderungen befassenden Anträgen des Abg. Wassermann, die dem Reichstage vorliegen, beschäftigen. Außerdem hat das Direktorium des Zentralverbandes eine Umfrage einzuleiten beschlossen, inwieweit die Beischlüsse des Beirats für Arbeiterkassafil hinsichtlich des Kontorschlusses in kaufmännischen Betrieben ohne offenen Laden die Billigung der Industrie finden. Daß diese Maßnahmen in einem dem Handelsangehörigen Sinnem behandelt werden, erscheint uns nach der Stellung des Zentralverbandes ausgeschlossen.

Der Ausbruch der Isenarbeiter in Stettin hat noch ein interessantes Nachspiel gehabt, das in Middleborough stattgefunden hat. Die Mannschaft des englischen Dampfers „Uona“, der während des Streiks eine Ladung Eisen nach Stettin brachte,